

Bürgermeister Raetz erklärte, dass es bei dieser Vorlage um eine Kenntnisnahme und nicht um eine Entscheidung geht.

Ratsherr Danz erläuterte den Antrag. Die SPD-Fraktion ist nicht bereit, die Vorlage nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern es geht um ein politisches Bekenntnis, zu dem der Rat aufgefordert wird. Auch wenn die Stichwahl zwischenzeitlich durch Mehrheitsbeschluss im Landtag NRW abgeschafft wurde, liegt es am Rat der Stadt Rheinbach ein klares und deutliches Bekenntnis für Teilhabe und Mitbestimmung an die Rheinbacher Bürgerinnen und Bürger zu senden. Er stellt deshalb folgenden Änderungsantrag:

Der Rat der Stadt Rheinbach bedauert die erneute Abschaffung der Stichwahl der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten in Rheinbach Bürgermeisterin und Bürgermeister.

Ratsherr Dr. Lenke bemängelt die Auswahl der Anlagen. Er spricht sich aber für eine Abstimmung mit dem geänderten Wortlaut aus.

Ratsfrau Josten-Schneider erläutert die Haltung der CDU-Fraktion und spricht sich gegen eine Abstimmung aus. Die Vorlage soll nur zur Kenntnis genommen werden.

Die UWG-Fraktion, so Ratsherr Dr. Ganten, unterstützt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Ratsherr Logemann spricht sich für die FDP-Fraktion für eine Abstimmung aus und wird die Änderung zum Antrag auch inhaltlich unterstützen.

Die CDU-Fraktion beantragt nach § 13 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Sitzungsunterbrechung. Bürgermeister Raetz unterbricht die Sitzung um 18.21 Uhr und die CDU-Fraktion verlässt den Sitzungsraum.

Nachdem die CDU-Fraktion den Saal wieder betreten hat, wird die Sitzung um 18.30 Uhr fortgesetzt.